

des Potsdamer Abkommens, in dem festgelegt worden war: „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehen-

Anknüpfen an revolutionäre

Die SED schlug den bürgerlich-demokratischen Parteien und den demokratischen Massenorganisationen vor, die entschädigungslose Enteignung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in einem Volksentscheid zu vollziehen. Mit diesem Vorschlag knüpfte sie an revolutionäre Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg an, vor allem an den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Jahre 1926 und an das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau im Jahre 1928. Sie stützte sich außerdem auf Forderungen, die auf der 1. Reichskonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 in Berlin zur Entmachtung der Monopolherren und Demokratisierung der Wirtschaft erhoben worden waren.

Eine besonders starke Massenbewegung entwickelte sich in den Mai- und Junitagen des Jahres 1946 in dem industriell fortgeschrittensten Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone, im Land Sachsen, wo dann auch der Volksentscheid am 30. Juni 1946 durchgeführt wurde. Im Land Sachsen war die Arbeiterbewegung stark und verfügte über große revolutionäre Traditionen. Hier hatten aber auch viele der deutschen Kriegsverbrecherkonzerne ihre Betriebe. Deshalb prallten die demokratischen Kräfte und die Kräfte der imperialistischen Reaktion hart aufeinander. Die Klassenauseinandersetzung spitzte sich zu.

Die imperialistische Reaktion

den übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“³

Traditionen

sah, daß ein Erfolg des Volks*entscheids einer Wiederherstellung der monopolkapitalistischen Verhältnisse den Boden entziehen würde und fürchtete die Ausstrahlungskraft auf die Westzonen. Deshalb organisierte sie von den Westzonen und Westsektoren Berlins aus zahlreiche Störmanöver, um den Volksentscheid in ihrem reaktionären Sinne zu beeinflussen. Rechte sozialdemokratische Führer um Kurt Schumacher beteiligten sich aktiv an dieser volksfeindlichen Kampagne.

Reaktionäre Kräfte, vor allem in der CDU, nutzten ihre Positionen in staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen der sowjetischen Besatzungszone gegen den Volksentscheid aus. Mit der verleumderischen Parole, daß der Volksentscheid jedes Privateigentum bedrohe, versuchten sie besonders die städtischen Mittelschichten gegen die Politik der SED aufzuwiegeln.

Nirgendwo in der sowjetischen Besatzungszone gelang es der Reaktion, die Volksentscheidsbewegung aufzuhalten. Die Mitglieder der SED leisteten allorts eine umfangreiche Arbeit. Gestützt auf den Aufruf des Parteivorstandes der SED vom 14. Juni 1946 zum Volksentscheid in Sachsen konnten sie gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen demokratischen Kräften die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit der Enteignung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern überzeugen. Im Ergebnis dieser Politik kam es bei der Durchführung des Volksent-

scheids zum gemeinsamen Handeln der antiimperialistischen Kräfte. Entsprechend dem Vorschlag der SED, stellten alle antifaschistisch-demokratischen Parteien gemeinsam mit dem FDGB in Sachsen bei der Landesregierung den Antrag auf einen Volksentscheid.

Auf Orts-, Kreis- und Landesebene wurden Abstimmungsausschüsse gebildet. Ihnen gehörten Vertreter aller antifaschistisch-demokratischen Parteien, des FDGB und der staatlichen Organe an. Diese Ausschüsse trafen gemeinsam mit den Arbeitern der Betriebe die Entscheidung darüber, welche Betriebe unter das Gesetz der Enteignung fielen. Der Volksentscheid war also unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei im breiten Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften vorbereitet und durchgeführt worden. Diese Tatsache widerlegt einmal mehr das gehässige Geschwätz unserer Gegner vor „Export der Revolution durch die sowjetische Besatzungsmacht“.

Geführt von ihrer einheitlichen revolutionären Partei, bewiesen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen gewachsenes Klassenbewußtsein und politische Verantwortung für die Geschieke des deutschen Volkes. Als Beweis dafür stehen die Abstimmungsergebnisse dieser revolutionären Aktion. 77,62 Prozent der Wähler entschieden sich gegen die Hauptschuldigen am Faschismus und imperialistischer Krieg. Das war ein großer Sieg eine eindeutige Entscheidung des Volkes für den gesellschaftlichen Fortschritt. In diesen Kampf, wie bei der revolutionären Umwälzung in anderer gesellschaftlichen Bereichen gab uns die Sowjetunion un eigennützig und brüderlich« Unterstützung.